

Pressemitteilung  
Nr. 230/2023  
Kiel, 02.11.2023

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **CDU und Grüne lassen die Landesbediensteten im Regen stehen**

*Zur heutigen Debatte im Finanzausschuss über die  
Wegstreckenentschädigung für Landesbedienstete erklärt der Vorsitzende  
der SSW-Landtagsfraktion, Lars Harms:*

"In einer Zeit hoher Spritpreise nehmen wir als Land unsere Verantwortung  
als Land wahr".

Dieses Zitat von Finanzministerin Monika Heinold aus dem März 2022 muss  
den Landesbeschäftigten heute wie Hohn vorkommen.

Die Landesregierung hatte damals aufgrund der absurden Spritpreise  
beschlossen, die Wegstreckenentschädigung für Landesbeschäftigte von 20  
auf 30 Cent pro Kilometer zu erhöhen. Die Regelung wurde zunächst bis 31.  
Dezember 2022 befristet - offenbar in der Annahme, dass sich die Preise  
wieder normalisieren würden.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Preise für Benzin und Diesel haben sich  
auf hohem Niveau stabilisiert.

Das war abzusehen. Daher hatten SSW, SPD und FDP bereits im Dezember  
2022 einen gemeinsamen Entwurf zur Änderung des  
Landesbeamtengesetzes eingebracht, um die angehobene  
Wegstreckenentschädigung zu entfristen (Drucksache 20/490). Die  
Reisekostenentschädigung war schließlich auch schon vor der Energiekrise  
kaum noch zeitgemäß.

10 Monate sind seitdem ins Land gegangen, und heute im Finanzausschuss haben die regierungstragenden Fraktionen endlich Flagge gezeigt: Von Verantwortung für das Land wollen CDU und Grüne nichts mehr wissen. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Für die Landesbediensteten ist das ein Schlag ins Gesicht. Die müssen quasi eigenes Geld in die Hand nehmen, um Dienstreisen für den Arbeitgeber zu erledigen.

Ob beim Weihnachtsgeld, Tarifergebnissen oder wie jetzt bei der Wegstreckenentschädigung: Diese Landesregierung scheint wirklich alles zu unternehmen, um den öffentlichen Dienst so unattraktiv wie möglich zu gestalten. Das haben unsere Landesbediensteten nicht verdient. Auch für sie gilt: Das Leben muss bezahlbar bleiben!